



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/126 - 4. Juni 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21931-33

Fernschreiber 0866990

Hinweise  
auf den Inhalt:

Rüstungsgeschäfte	S.1
Innenminister a.D. Dr. Dr. Heinemann: Trickspiel der Propaganda	S.2
Deutsch-französische Jugendbegegnung auf Burg Liebenzell	S.4
Zu den Auslandsreisen Adenauers	S.5
Glosse: Hier riecht's nach Öl	S.7

## Der Unfug der Lobbyisten

sp.- Die Vorgänge im Koblenzer Beschaffungsamt sind ein sehr ernst zu nehmendes Symptom, das zu recht die Öffentlichkeit beunruhigt und die Frage aufkommen lässt, ob auch alles Erdenkliche getan wurde, um der unheilvollen Verquickung von Politik und Rüstungsgeschäften einen Riegel vorzuschieben. Nur hat sich kürzlich - wenn auch reichlich spät - der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, im Namen der Industrie von jeder "Geschäftszacherei" bei Rüstungsaufträgen distanziert und ein Rüstungsgewinnstreben der Industrie geleugnet. Die bisher bekanntgewordenen Tatsachen sprechen freilich dagegen. Der Versuchung, aus dem Milliardentopf der Rüstungsaufträge Sondervorteile zu erhaschen, können nicht alle Firmen widerstehen; der Verteidigungsminister Strauß selbst hat Beeinflussungsversuche verschiedener Firmen zugegeben. Das Verfahren gegen Angestellte und Beamte im Koblenzer Beschaffungsamt zeigt, dass sie nicht ohne Erfolg waren.

Es rächt sich heute, dass auf Betreiben der CDU/CSU der Bundestagsunterausschuss für Rüstung und Beschaffung aufgelöst wurde. Er hat immerhin einige Schranken gegen die Verschleuderung von Steuergeldern und Kontrollmöglichkeiten bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen gesetzt. Millionen DM wurden erspart. Die Tätigkeit dieses Unterausschusses, der seine Aufgabe sehr ernst nahm, passte der größten Regierungspartei nicht in den Kram, das rechtzeitige Aufdecken von Mißständen und Unkorrektheiten (um es gelinde zu sagen) war ihr peinlich. Aber man schafft Korruptionerscheinungen nicht aus der Welt, wenn man das parlamentarische Organ auflöst, das sie zu bekämpfen hat, dadurch wird, siehe Koblenz, das Übel vermehrt, es kann sich ungehemmter entfalten.

Die Wiedereinsetzung dieses Unterausschusses müsste die erste aus den Koblenzer Vorgängen zu ziehende Folgerung sein. Die zweite, ebenso dringlich, wäre die Offenlegung von Listen aller Rüstungslobbyisten und der von ihnen vertretenen Firmen. Sie würden unzweifelhaft die Namen vieler ehemaliger Generale und auch eine stattliche Reihe von Bundestagsabgeordneten enthalten. Ein entsprechender Antrag der Opposition liegt schon seit langem vor. Warum zögert die Regierung, ihm stattzugeben? Hat sie begründete Hemmungen, die Gunst gerade jener Kreise zu verlieren, die ihr mit Millionenbeträgen Wahlhilfe leisten?

\* \* \*

- 2 -

Ohne - nicht

Von Gustav W. Heinemann, Innenminister a.D.

Man muss einer Sache den richtigen Namen geben. Wer mag schon von Magermilch hören? Das Magere ist dürftig und bei der Milch denkt man fast schon an Wasser, wenn sie mager ist. Man kann aber den gleichen Stoff auch "entrahmte Frischmilch" nennen und siehe da, jetzt gewinnt er Geschmack. Der Rahm ist entrümpelt und saubere Frischmilch bleibt übrig! Dieser Trick einer geschickten Benennung machte uns bekanntlich die Magermilch so vertraut, als das unselige Dritte Reich die Fettlücke einer selbstgenügsamen grossdeutschen Volkswirtschaft dadurch zu schliessen versuchte, dass es uns den Rahm aus der Milch stahl.

Aber auch Demokraten haben Einfälle. Da gibt es z.B. "Füllkarten". Dieser Ausdruck hat wahrscheinlich noch eine Laufbahn vor sich. Erfunden haben ihn bayerische Bürokraten, um damit die rd. 300 Freikarten zu umschreiben, welche täglich von den Münchener Staatstheatern an Mitglieder des Landtages und der Regierung pp. ausgegeben werden. Mit Besuchern, welche nichts zu bezahlen brauchen, füllen sich nämlich auch in München die Theater leichter, als mit Bürgern, denen man Geld abnimmt.

In Geschäft und Politik ist vollends überall Propaganda am Werke, die Menschheit zu verdummen.

Da wird vom "Grundsatz der Preiswahrheit" geredet, wenn Preiserhöhung gemeint ist. "Marktordnung" soll es sein, wenn Unternehmer in Kartellabreden über Preise und Lieferbedingungen den entscheidenden Ordnungsgrundsatz einer Marktwirtschaft, nämlich den freien Wettbewerb ihrer Leistungen, ins Gegenteil verkehren und den Kunden gemeinsam schröpfen.

Als die "Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft", die berühmte "EVG", im Schwange war, schrieb die Züricher "Tat" im Januar 1953: "Noch selten hat eine europäische Neuschöpfung einen so irreführenden Namen getragen wie die "Europäische Verteidigungsgemeinschaft". Es handelt sich weder um Europa noch primär um die Verteidigung noch um eine Gemeinschaft. Wollte man den eigentlichen Inhalt der EVG definieren, so müsste man sie bezeichnen als einen Versuch der westeuropäischen Siegermächte, die Wiederentstehung einer national-deutschen Armee zu verhindern." Inzwischen spielt der Moselkanal eine Rolle, durch den die neue Art von "europäischem" Zusammenschluss fliessen soll, auf dass sich

Ruhrkoks und lothringisches Erz zur Freude der Franzosen gewinnbringender begegnen.

Als uns die Aufrüstung eingeredet wurde, hörten wir ständig: "Die Bundesrepublik ist ohne 12 westdeutsche Divisionen nicht zu verteidigen." Damit war geflissentlich die Frage ungelöst, ob sie denn mit zwölf westdeutschen Divisionen gegen die Rote Armee verteidigt werden könnte. Bekanntlich kann derjenige, welcher ohne Flugzeug nicht zum Mond fliegen kann, noch längst nicht mit einem Flugzeug zum Mond fliegen. Neuerdings wird man dieses Ohne-nicht dahin abwandeln, dass wir uns ohne Atomwaffen nicht verteidigen können, um abermals nichts darüber verlauten zu lassen, ob wir uns mit ihnen zu schützen vermöchten.

Das grösste Trickspiel der Bonner Nachkriegspolitik war - und ist? - die Parole "zuerst freie Wahl!" Natürlich: freie Wahl! Aber warum "zuerst" freie Wahl? Mit dieser Forderung war der Sowjetunion eine Bedingung gestellt, welche sie niemals annehmen konnte, wenn sie nicht erleben wollte, dass auch ihre Besatzungszone in den atlantischen Aufmarsch einbezogen wird, der gegen sie gerichtet ist. Freie Wahl kann es erst dann geben, wenn auch die Sowjetunion davor gesichert ist, dass wir sie nicht wieder militärisch bedrängen.

Diese ganze Aufrüstungs- und "Wiedervereinigungs"-Politik ist den Wählern unter der Parole von der "christlichen Einheitsfront" verkauft worden. Wozu hat das viel berufene Christentum nicht alles erhalten müssen!

Der Wahlkampf wird den propagandistischen Erfindungsgeist neu beleben. Wahrscheinlich wird man uns glauben machen wollen, dass es ohne die CDU nicht gelingen werde, die Gemeinschaft unseres Volkes wiederherzustellen. Zutage liegt aber, dass es mit der CDU in acht Jahren nicht gelungen ist, und dass ihre Politik der zweigeteilten Aufrüstung in Deutschland samt atomaren Sprengköpfen auch künftig die Spaltung nur vertiefen kann.

Kleines Modell für grosses Europa

KJ. Auf der Burg Liebenzell im Schwarzwald hat die "Europäische Jugendkampagne" ihr zweites deutsch-französisches Wochenende abgehalten. Ein paar Dutzend Jugendliche - sehr viele Studenten darunter - kamen aus allen Teilen Frankreichs und der Bundesrepublik, um sich über die Fragen des Gemeinsamen Marktes zu unterhalten. Mit erfreulicher Aufgeschlossenheit folgten die Teilnehmer den Ausführungen der Referenten, die sich alle Mühe gaben, das schwierige Thema verständlich abzuhandeln.

Eigentlich eine Sache für Wirtschaftsexperten, dieser Gemeinsame Markt! Die jungen Franzosen und Deutschen haben die vielschichtigen Probleme der in langen Jahren zu koordinierenden europäischen Wirtschaft natürlich nicht bis ins letzte durchleuchtet und Patentvorschläge vorbringen können. Sie sind auch nicht gerade erleichtert nach Hause gefahren: deutlich haben sie bei dieser zweiten Begegnung gespürt, wie schwer dieses alte Europa mit seiner politischen und wirtschaftlichen Diffizilität unter einen Hut zu bringen ist. Da ist das Problem der französischen Übersee-Gebiete! Für die Franzosen eine klare Sache: Algerien gehört zum Mutterland. Und was da geschieht, ist kein Krieg, sondern eine Polizeiaktion - einzig und allein geeignet, dem Fortschritt eine Gasse zu bahnen. Die deutschen Bedenken, auch hier durchaus bei den jungen Vertretern der bürgerlichen Parteien vorhanden, nannte man etwas simplifiziert "veraltet". Auch die deutsche Sozialdemokratie will schwere wirtschaftliche Opfer für das französische Nordafrika bringen - aber eben unter der Voraussetzung, dass die betroffenen Völker diese Stützung als Wohltat empfinden und nicht etwa als ein Mittel zur Festigung der Kolonialherrschaft. Diese Bedenken hat Frankreich ja nicht. Auch auf Burg Liebenzell gab man das grösste Gewicht dem Zugeständnis, dass sich die Bundesrepublik mit ihren Investitionen lukrativ in Nordafrika etablieren könne.

So gross unsere Sorge um die deutsche Wiedervereinigung ist und um die möglichen, keineswegs ganz geklärten Auswirkungen des Gemeinsamen Marktes auf den Interzonenhandel, so wenig belastet sie die Franzosen. Und auch das ist eine Tatsache: lange nicht bei allen französischen Teilnehmern ist das Misstrauen gegenüber Deutschland und seiner Wiederaufrüstung geschwunden. Bei manchem scheinen die alten französischen Ängste nur kompensiert durch die Tatsache, dass Deutschland gespalten ist. DaB

eben gerade diese Spaltung eine Gefahr darstellt, wird nicht immer begriffen.

Der grössere Wert dieser deutsch-französischen Jugendtreffen liegt in den persönlichen Kontakten. Und diese wurden auch auf Burg Liebenzell in schöner Weise geschlossen und vertieft. Es ist heute unvorstellbar, dass sich Deutsche und Franzosen einmal als "Erzfeinde" betrachten konnten und sich gegenseitig "im Interesse des Vaterlands" totschiessen. Man sitzt beieinander, versteht sich in tausend privaten Belangen und bemüht sich, die Differenzen der nationalen Eigensticheleien auf der bescheidenen Ebene solcher Jugendbegegnungen zu überwinden. Wenn das nicht immer leicht ist, so wird es doch tastend und durchaus gutwillig versucht.

Man hat diese Burg Liebenzell treffend das "Kleine Modell für ein grosses Europa" genannt. Vor vier Jahren war sie noch eine Ruine. Bis sie dann dem "Internationalen Forum" gegeben wurde, das daraus eine Heimstatt für Lehrgänge und Wochenendbegegnungen gemacht hat. Jungen und Mädchen aus 52 Nationen haben sie in körperlicher Arbeit aufgebaut. Hier wurde bereits die schwierige "soziale Harmonisierung" des Gemeinsamen Marktes praktiziert.

Wenn sich die Regierungen der europäischen Länder ebenso tatkräftig und selbstlos um den Bau eines geeinten Europa bemühen, dann wird es gut sein. Seit der Messina-Konferenz vom Juni 1955 steht die europäische Zusammenarbeit auf einer breiteren und tragfähigeren Grundlage als sie zuvor der Schuman-Plan bot. Die SPD stellte die ersten Mitglieder des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa, die nur funktionieren werden, wenn sie mehr sind als der bloße Zusammenschluss grossindustrieller Interessen.

\* \* \*

#### Kanzler-Equipen

FB. Man hat sich in den letzten acht Jahren daran gewöhnt, dass der Bundeskanzler überall und immer von einem TröB umgeben ist. Selbst wenn er von Bonn nach Rhöndorf fährt - häufig mit den Verkehrsregeln auf Kriegsfuß -, dann müssen Porsches und Mercedes 300 der Begleitmannschaft vor- oder nachflitzen. Aber das ist eine Stilfrage, die auf jeden Fall der Bundespräsident besser entschieden hat, der still, bescheiden und ohne grosses Trara durch die Bundeshauptstadt fährt,



Hier riecht's nach Öl

H.St. Da hat ein westdeutscher Unternehmer bei der bundeseigenen "Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahn mbH" eine Konzession beantragt. Er möchte an der Autobahn Köln-Berlin eine Zapfstelle für markenfreies dafür aber billigeres Benzin aufstellen. Man sollte meinen, dass die Gewährung dieser Konzession das einfachste der Welt sei, bei einer Bundesregierung, deren Wirtschaftsminister seit Jahren durch die Lände zieht und Massnahmen gegen die Preissteigerungen verspricht und vor gar nicht langer Zeit sogar einmal zu brutalen Massnahmen greifen wollte.

Aber weit gefehlt. Jener Unternehmer wartete umsonst. Er bekam nicht nur nicht die Konzession, man untersagte ihm sogar, an der Autobahn Reklame für sein 7 - 9 Pfennig billigeres Benzin zu machen, (an dem er auch noch verdient, werte Herren von den Ölkonzernen). Offensichtlich weiss in dieser Regierung die linke Hand nicht, was die rechte tut. Oder man hat sich daran gewöhnt, dass der Verbraucher die Zeche bezahlt. Der bekommt dafür Erhards Inserate vorgesetzt, in denen vor einigen Wochen jubelnd verkündet wurde, dass eine Reihe westdeutscher Markenunternehmen ihre Preise in diesem Jahr - dem Wahljahr - nicht mehr erhöhen würden.

Abgesehen davon, dass sie es unmittelbar zuvor taten, was wird Erhard tun, wenn er erfährt, dass jetzt sogar ein Nichtmarkenfabrikant von Stellen der Bundesregierung gehindert wird, einen Druck auf die Preise auszuüben? Werden wir es erleben, dass Erhard wenigstens innerhalb der Bundesregierung "brutal" wird und damit seine Versprechungen wenigstens etwas glaubwürdiger macht? Schon öfters hat sich Erhard taub gestellt, wenn es die Interessen der Ölkonzerne betraf. Langsam riecht es (es kommt ganz auf den Geschmack an) vielleicht stinkt es auch schon) nach Öl (und Geld).

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel